

Positionspapier: Volksinitiative "Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotika-Einsatz"

Sprachregelung

Aus Sicht der IG Detailhandel gehen die Forderungen der Initiative zu weit. Die IG Detailhandel ist aber davon überzeugt, dass in der Schweiz in Bezug auf den Pestizideinsatz und der damit verbundenen Risiken Handlungsbedarf besteht und die bestehenden Instrumente nicht genügen. Die Konsumentinnen und Konsumenten erwarten hinsichtlich der Pflanzenschutz-Thematik ein ambitioniertes Vorgehen.

Die Mitglieder der IG Detailhandel arbeiten deshalb zum einen direkt mit landwirtschaftlichen Organisationen wie Bio Suisse oder IP-SUISSE zusammen, die in ihren Produktionsmethoden ganz auf Pestizide verzichten oder diese nur minimiert verwenden. Bei dieser Zusammenarbeit setzen sich die Beteiligten immer wieder freiwillig neue Ziele zugunsten von Umwelt- und Tierschutz.

Zum anderen hat sich die IG Detailhandel auf politischer Ebene stark für einen Gegenvorschlag eingesetzt. Die von National- und Ständerat deutlich angenommene parlamentarische Initiative, die einen verbindlichen Absenkpfad für die Risiken beim Einsatz von Pestiziden und einen Absenkpfad für Nährstoffverluste festschreibt, wird von der IG Detailhandel begrüsst.

Die IG Detailhandel schliesst sich keinem Abstimmungskomitee an.

Inhalt

1. Ausgangslage	3
1.1 Initiativtext	3
1.2 Parlamentarische Beratung	4
1.3 Haltung und Einflussnahme der IG Detailhandel in der parlamentarischen Beratung	5
2. Betroffenheit IG Detailhandel Schweiz	5
2.1 Antibiotika	6
2.2 Pflanzenschutzmittel	6
2.3 Futtermittel	6
3. Position IG Detailhandel Schweiz	7
3.1 Grundsätzliche Position	7
3.2 Begründung der Position	7
3.3 Argumente bezüglich Pflanzenschutzmittel	8
3.4 Argumente bezüglich Antibiotika	9
3.5 Argumente bezüglich Futtermittel	10
4. Argumente der IG Detailhandel im Abstimmungskampf	10
5. Nasty Questions	11

1. Ausgangslage

Die Themen Pflanzenschutzmittel und Antibiotika sorgen seit Jahren immer wieder für Schlagzeilen: wegen Rückständen im Trinkwasser, Umweltschäden und möglicher negativen Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit.

Zwar ist das Trinkwasser laut einem [Bericht](#) (2019) des Verbandes der Kantonschemiker Schweiz VKCS in der Schweiz grundsätzlich von guter Qualität. In Gebieten mit intensiver Landwirtschaft kommt es allerdings zu Höchstwertüberschreitungen. Aufgrund langsamer Prozesse im Boden und im Grundwasser kann es zum Teil Jahrzehnte dauern, bis Verunreinigungen durch Abbauprodukte von Pestiziden wieder beseitigt sind.

Die Sorgen vieler Konsumentinnen und Konsumenten sind deshalb zumindest teilweise berechtigt und ernst zu nehmen.

Nicht zuletzt aus diesem Grund hat der Bund bereits vor über drei Jahren reagiert: Er griff die Problematik des Pestizideinsatzes mit dem «[Aktionsplan Pflanzenschutzmittel](#)» auf. Der Aktionsplan zielt darauf ab, die Pflanzenkulturen, die Menschen und die Umwelt zu schützen. Der aktuelle [Jahresbericht](#) zeigt: Von den insgesamt 51 Massnahmen wurden 21 eingeführt; weitere 30 Massnahmen sind in Erarbeitung. Beim Aktionsplan handelt es sich um einen freiwilligen Ansatz ohne bindende quantitative Ziele. Die Schweizer Bauern verwenden nach wie vor grosse Mengen an Pestiziden.

Auch die Probleme, die mit dem Einsatz von Antibiotika verbunden sind, geht der Bund schon seit bald fünf Jahren aktiv an. Er hat dazu die umfassende «[Strategie Antibiotikaresistenzen](#)» implementiert. Diese zeigt bereits Wirkung: Laut Bund sind die bäuerlichen Tierhalter sensibilisiert; mehrere Branchen haben Präventionsprogramme zur Verbesserung der Tiergesundheit gestartet. Der Antibiotikaverbrauch in der Landwirtschaft geht seit 2008 kontinuierlich zurück. Das Problem zunehmender Resistenzbildung besteht allerdings weiterhin.

Ein parteipolitisch unabhängiger, privatrechtlicher Verein "Für sauberes Trinkwasser" lancierte aufgrund der ungelösten Probleme 2017 erfolgreich die Initiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotika-Einsatz», die klare Forderungen zum Pflanzenschutzmittel- und dem Antibiotikaeinsatz stellt.

2018 empfahl der Bundesrat, die Initiative ohne direkten Gegenentwurf oder indirekten Gegenvorschlag zur Ablehnung.

1.1 Initiativtext

Initiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotika-Einsatz»

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 104 Abs. 1 Bst. a, 3 Bst. a, e und g sowie 4

¹ Der Bund sorgt dafür, dass die Landwirtschaft durch eine nachhaltige und auf den Markt ausgerichtete Produktion einen wesentlichen Beitrag leistet zur:

a. sicheren Versorgung der Bevölkerung mit gesunden Lebensmitteln und sauberem Trinkwasser;

³ Er richtet die Massnahmen so aus, dass die Landwirtschaft ihre multifunktionalen Aufgaben erfüllt. Er hat insbesondere folgende Befugnisse und Aufgaben:

a. Er ergänzt das bäuerliche Einkommen durch Direktzahlungen zur Erzielung eines angemessenen Entgelts für die erbrachten Leistungen, unter der Voraussetzung eines ökologischen Leistungsnachweises, der die Erhaltung der Biodiversität, eine pestizidfreie Produktion und einen Tierbestand, der mit dem auf dem Betrieb produzierten Futter ernährt werden kann, umfasst.

e. Er kann die landwirtschaftliche Forschung, Beratung und Ausbildung fördern und Investitionshilfen leisten, sofern damit die Landwirtschaft im Hinblick auf die Buchstaben a und g sowie auf Absatz 1 unterstützt wird.

g. Er schliesst Landwirtschaftsbetriebe von Direktzahlungen aus, die Antibiotika in der Tierhaltung prophylaktisch einsetzen oder deren Produktionssystem einen regelmässigen Einsatz von Antibiotika nötig macht.

⁴ Er setzt dafür zweckgebundene Mittel aus dem Bereich der Landwirtschaft und allgemeine Bundesmittel ein, überwacht den Vollzug der Vorschriften sowie die erzielten Wirkungen und informiert die Öffentlichkeit regelmässig über die Ergebnisse dieser Überwachung.

Art. 197 Ziff. 12**

12. Übergangsbestimmung zu Art. 104 Abs. 1 Bst. a, 3 Bst. a, e und g sowie 4

Nach Annahme von Artikel 104 Absätze 1 Buchstabe a, 3 Buchstaben a, e und g sowie 4 durch Volk und Stände gilt eine Übergangsfrist von acht Jahren.

1.2 Parlamentarische Beratung

17.05.2019: Die WAK-N empfiehlt die Initiative ohne Gegenentwurf zur Ablehnung.

30.08.2019: Die WAK-S beschliesst die Pa.Iv. 19.475, die gesetzliche Verankerung eines Absenkpads mit Zielwerten für das Risiko beim Einsatz von Pestiziden verlangt. Dieser Vorstoss stellt aber kein formeller indirekter Gegenvorschlag zu Initiative dar.

03.07.2020: Bei der Beratung der Pa.Iv. 19.475 beschliesst die WAK-S, dass der Bundesrat im Fall unannehmbarer Risiken einen über 2027 hinausgehenden Absenkpfad festlegen soll. Die Verantwortung für die Definition der Massnahmen zur Risikoreduktion soll bei den Branchen liegen. Wenn die Reduktionsziele nicht erreicht werden, kann der Bundesrat unter anderem Lenkungsabgaben einführen. Eine Zulassung muss überprüft werden, wenn in Gewässern zur Trinkwassernutzung/in Oberflächengewässern Pestizid-Grenzwerte wiederholt überschritten werden. Im Zuströmbereich sollen nur Pestizide eingesetzt werden, die nicht zu einer hohen Wirkstoff- und Abbauprodukte-Konzentration führen.

14.09.2020 Der Ständerat stimmt dem Antrag der WAK-S zu, verzichtet aber auf eine quantitativ klar festgelegte Absenkung.

25.09.2020 National- und Ständerat beschliessen in der Schlussabstimmung, die Initiative ohne direkten oder indirekten Gegenentwurf zur Ablehnung zu empfehlen.

14.10.2020: Die WAK-N ergänzt die Pa.Iv. 19.475 mit dem Ziel, importierte Kunstdünger möglichst durch Hofdünger zu ersetzen. Sie will auf die mögliche Einführung von Lenkungsabgaben verzichten, der Grenzwert soll nur für relevante Abbauprodukte gelten. Sie lehnt es ab, für Nährstoffe quantitative Ziele festzulegen.

- | | |
|------------|--|
| 10.12.2020 | Der Nationalrat folgt weitgehend dem Vorschlag des Ständerates. Er beschloss aber zudem eine Offenlegungspflicht für Pestizide. |
| 19.01.2021 | WAK-S beantragt ihrem Rat, den Beschlüssen des Nationalrates zu folgen. Ausnahme: Die WAK-S will die Zuströmbereiche für Grundwasserfassungen nicht besser schützt. |
| 03.03.2021 | Der Ständerat hält daran fest, dass die Zuströmbereiche für Grundwasserfassungen nicht besser geschützt werden sollen. Er schafft zudem eine zusätzliche Differenz bei der Offenlegungspflicht für Nährstofflieferungen. |
| 19.03.2021 | National- und Ständerat stimmen der Vorlage 19.475 in der Schlussabstimmung grossmehrheitlich zu. Dies, nachdem die verbleibenden Differenzen (Zuströmbereiche und Offenlegungspflicht Nährstoffe) erst in der Einigungskonferenz bereinigt werden konnten. Sowohl bei der Offenlegungspflicht also auch beim Grundwasserschutz hat sich der Ständerat durchgesetzt. Nachdem der Ständerat zuerst nur Düngerlieferungen gemeldet haben wollte, hat er dann einem Kompromissvorschlag (Dünger- und Kraftfutterlieferungen) zum Durchbruch verholfen. Den besseren Schutz der Zuströmbereiche möchte das Parlament in einem separaten Verfahren mit geordneter Vernehmlassung erreichen. |

1.3 Haltung und Einflussnahme der IG Detailhandel in der parlamentarischen Beratung

Zu Beginn der Beratungen der Initiative hatte sich die IG Detailhandel für die Erarbeitung eines Gegenvorschlages eingesetzt. Am 25.6.2019 wandte sie sich gemeinsam mit dem WWF, der Stiftung für Konsumentenschutz und dem Verein des Gas- und Wasserfaches an die Wirtschaftskommission des Ständerates. Diese solle der Initiative einen substantiellen indirekten Gegenvorschlag entgegenstellen, der den berechtigten Anliegen der Initiativen Rechnung trägt und diese adäquat auf gesetzlicher Ebene abhandelt

Das Parlament zeigte sich dazu nicht bereit und folgte dem Bauernverband, der nur schon die Erstellung eines Gegenvorschlages ablehnte.

Als die Pa.Iv. 19.475 vorlag, kämpfte die IG Detailhandel für deren Annahme. Am 21.6.2020 wandte sie sich gemeinsam mit der fial, der Agrarallianz und der IGAS an die Wirtschaftskommission des Ständerates. Am 4.9.2020 richtete diese Gruppe zudem ein Schreiben an den Ständerat. Dieser solle den Vorschlägen seiner Kommission folgen, den Absenkepfad Pestizide mit dem Absenkepfad Nährstoffe ergänzen und die dafür nötigen Anpassungen des Landwirtschaftsgesetzes gutheissen. Weitere Schreiben der IG Detailhandel zusammen mit der fial, der Agrarallianz und der IGAS an die Räte und die Kommissionen folgten. Die IG Detailhandel hat sich dabei immer für griffige Regelungen (Zuströmbereiche) und für grösstmögliche Transparenz (Offenlegungspflicht) eingesetzt.

2. Betroffenheit IG Detailhandel Schweiz

Die Mitglieder der IG Detailhandel Schweiz sind die grössten Abnehmer der Schweizer Landwirtschaft. Ihr Sortiment stammt zu 70 Prozent (im Frischebereich zu 80 Prozent und mehr) aus dem Inland. Weil ein grosser Teil der Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten grossen Wert legt auf einheimische Produkte, sind die Mitglieder auf eine produktive Schweizer Landwirtschaft angewiesen.

Da einerseits viele Konsumentinnen und Konsumenten sensibel auf Umwelt- und Tierwohlthemen reagieren und andererseits nur ein nachhaltiger Umgang mit Ressourcen die künftige Versorgung sicherstellen kann, engagieren sich die Mitglieder der IG Detailhandel seit vielen Jahren auf freiwilliger Basis und mittels Labelprogrammen für einen reduzierten Antibiotika- und Pestizideinsatz, Tierwohl und nachhaltige Futtermittel.

2.1 Antibiotika

- Im Rahmen der Antibiotika-Strategie sind bereits diverse Massnahmen geplant oder umgesetzt, die zu einem tieferen Antibiotika-Einsatz führen.
- Die rigiden Begrenzungen, welche die Initianten fordern, lassen sich kaum umsetzen und sind diesem Umfang auch nicht sinnvoll. Sie könnten dazu führen, dass die Landwirte mehr Tiere frühzeitig töten müssen, weil sie sie nicht behandeln dürfen.

2.2 Pflanzenschutzmittel

- Mit seinem Aktionsplan Pflanzenschutzmittel hat der Bundesrat die Richtung vorgegeben: Die Schweizer Landwirtschaft ist aufgefordert, den Pestizideinsatz zu verringern. Die Massnahmen, welche die Bauern im Rahmen des Aktionsplans umsetzen, sind allerdings freiwillig und unverbindlich.
- Die Neuausrichtung der Direktzahlungen, wie sie die Initiative fordert, verhindert faktisch den Einsatz sämtlicher Pflanzenschutzmittel, auch im Biobereich. Dies führt zu Ernteausfällen, Angebotsknappheit und höheren Preisen. Die tieferen Erträge hätten zudem einen Anstieg an pflanzlichen Importen zur Folge.
- Da Pflanzenschutzmittel auch den Befall mit Pilzkrankheiten und Schädlingen verhindern, hätte ein kompletter Verzicht auf Pestizide einen negativen Einfluss auf die Qualität der Produkte.
- Pflanzenschutzmittel werden nicht zuletzt auch eingesetzt, um die Bildung von Mykotoxinen und ähnlichem zu verhindern. Ohne Pflanzenschutzmittel ist die Gefahr gross, dass solche „natürlichen“ Gifte die Lebensmittel verunreinigen.

2.3 Futtermittel

- 85 % der Futtermittel für Nutztiere stammen zwar aus der Schweiz (80% davon sind Raufutter wie Gras und Mais, welche fast ausschliesslich aus der Schweiz stammen).
- Dennoch ist die einseitige Fokussierung auf die betriebseigene Futterbasis, wie sie die Initiative anstrebt, nicht sinnvoll. So ist etwa die Schweine- und Pouletmast/Eierproduktion auf dem aktuellen Niveau ohne Futtermittelimporte nicht möglich.
- Gerade Pouletfleisch fragen die Konsumentinnen und Konsumenten aber zunehmend nach. Ein Rückgang der Schweizer Produktion mangels Futtermittel hätte steigende Poulet-Importe zur Folge. Umweltprobleme würden damit schlicht ausgelagert.
- Der Inlandanteil an proteinreichen Futtermitteln wie Soja oder Ackerbohnen beträgt in der Schweiz rund 15%. Dies ist vorwiegend klimatisch bedingt. Ein höherer Selbstversorgungsgrad ist ökologisch nicht sinnvoll. Zudem würde damit die Produktion von Feldfrüchten zur menschlichen Ernährung konkurrenziert (weniger Fläche für Brotgetreide).

3. Position IG Detailhandel Schweiz

3.1 Grundsätzliche Position

Aus Sicht der IG Detailhandel gehen die Forderungen der Initiative zu weit. Die IG Detailhandel ist aber davon überzeugt, dass in der Schweiz in Bezug auf den Pestizideinsatz und der damit verbundenen Risiken Handlungsbedarf besteht und die bestehenden Instrumente nicht genügen. Die Konsumentinnen und Konsumenten erwarten hinsichtlich der Pflanzenschutz-Thematik ein ambitioniertes Vorgehen. Die Mitglieder der IG Detailhandel arbeiten deshalb zum einen direkt mit landwirtschaftlichen Organisationen wie Bio Suisse oder IP-SUISSE zusammen, die in ihren Produktionsmethoden ganz auf Pestizide verzichten oder diese nur minimiert verwenden. Bei dieser Zusammenarbeit setzen sich die Beteiligten immer wieder freiwillig neue Ziele zugunsten von Umwelt- und Tierschutz.

Zum anderen hat sich die IG Detailhandel auf politischer Ebene stark für einen Gegenvorschlag eingesetzt. Die von National- und Ständerat deutlich angenommene parlamentarische Initiative, die einen verbindlichen Absenkpfad für die Risiken beim Einsatz von Pestiziden und einen Absenkpfad für Nährstoffverluste festschreibt, wird von der IG Detailhandel begrüsst.

Die IG Detailhandel schliesst sich keinem Abstimmungskomitee an.

3.2 Begründung der Position

Die IG Detailhandel kann die Sorgen und Ängste vieler Konsumentinnen und Konsumenten im Zusammenhang mit Pestiziden und Antibiotika nachvollziehen. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass die bisherigen Massnahmen nur ungenügend wirken. Die Forderungen der Initiative gehen aber zu weit und hätten einen negativen Einfluss auf das Sortiment der Mitglieder der IG Detailhandel.

Folgende Überlegungen führten zu unserer Position:

- Zwar ist sauberes Trinkwasser ist auch für die IG Detailhandel ein wichtiges Anliegen. Ihrer Ansicht nach lässt sich dieses Ziel mit klaren Zielvorgaben (Pa.lv. 19I.475), positiven Anreizen und **freiwilligen Massnahmen** langfristig besser erreichen.
- Die IG Detailhandel setzt sich für Massnahmen zur Förderung einer nachhaltig produzierenden und auf den Markt ausgerichteten Schweizer Landwirtschaft ein. Dazu soll das **Direktzahlungssystem** die entsprechenden Anreize setzen. Die Agrarpolitik 22+ könnte dazu beitragen, diese Ziele zu erreichen. Die IG Detailhandel bedauert sehr, dass das Parlament die Behandlung der AP 22+ sistiert hat.
- Mit dem bestehenden **Verfassungsartikel** zur Landwirtschaft hat die Schweizer Bevölkerung die gesellschaftlichen Anforderungen an die Landwirtschaft bereits definiert und den Rahmen für die Direktzahlungen festgelegt.
- Die Initiative ist sehr **radikal**, da sie Pflanzenschutzmittel generell ausschliesst und den Antibiotikaeinsatz stark einschränkt.
- Da sich die Forderungen der Initiative nur an die Schweizer Landwirtschaft richtet, erhalten Import-Lebensmittel einen **Wettbewerbsvorteil**.
- Sowohl die Konsumentinnen und Konsumenten als auch der Handel können nach Annahme der Initiative und den damit verbundenen Preisaufschlägen auf **ausländische Produkte** ausweichen. Dies geht zu Lasten der Nachhaltigkeit und der inländischen Produktion.

- Die Forderungen der Initianten bezüglich der **Ausbildung und Forschung** kann die IG Detailhandel unterstützen. Diese sind jedoch bereits in den Aktionsplan Pflanzenschutzmittel und der Strategie Antibiotikaresistenzen eingeflossen.
- Mit der **Pa. Iv. 19.475** liegt ein klar formuliertes Gesetzesprojekt vor, das die Risiken des Pestizideinsatzes und die Nährstoffverluste in den nächsten Jahren klar senken wird. Eine Annahme der Initiative ist deshalb auch hinsichtlich der Nachhaltigkeit nicht notwendig.
- Im Rahmen der **Mehrwertstrategie** planen alle grösseren Branchen der Landwirtschaft Massnahmen zugunsten der Nachhaltigkeit. In vielen Fällen geht es dabei auch um Pflanzenschutzmittel und Antibiotika. Mit der [Mehrwertstrategie](#) will sich die Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft auch künftig positiv vom Ausland abheben.

3.3 Argumente bezüglich Pflanzenschutzmittel

- Zielführender als Verbote sind aus Sicht der IG Detailhandel:
 - ...die Erforschung neuer, nicht chemisch-synthetischer Pflanzenschutzmittel
 - ...die Optimierung von Produktionstechniken
 - ...die Schulung der Landwirte im Vordergrund
 - ...die Zucht neuer, resistenter Sorten, allenfalls auch mittels genome editing
- Um die Versorgung bei Annahme der Initiative sicherzustellen und den Ernteausfall auszugleichen, müssten die Mitglieder der IG Detailhandel ihre Beschaffungsstrategien anpassen und mehr Lebensmittel importieren. Auch bei solchen Importen auf eine pflanzenschutzmittelfreie Produktion zu setzen, ist nicht realistisch.
- Die Zulassung der Pflanzenschutzmittel erfolgt nach immer strengeren Kriterien; in den letzten Jahren hat der Bund mehrere Pflanzenschutzmittel vom Markt genommen. Bereits jetzt müssen etwa Gemüse- und Zuckerrübenproduzenten Ernteausfällen verzeichnen, weil sie bisher erlaubte Mittel nicht mehr einsetzen dürfen.
- Ohne Einsatz von Pflanzenschutzmitteln vergrössert sich der Anteil an Foodwaste, der bereits in der Produktion anfällt zusätzlich.
- Die Schweizer Vorschriften im Bereich der Lebensmittelsicherheit, inklusiv im Bereich der Zulassung von Pflanzenschutzmittel, werden laufend mit den EU-Vorgaben harmonisiert. Die EU führt Ende März 2021 ein zusätzliches Überprüfungsinstrument bei der Zulassung von Pestiziden ein. Bei Kontroversen oder widersprüchlichen Ergebnisse kann die europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit EFSA zusätzliche unabhängige Studien in Auftrag geben und so die Risiken besser bewerten.¹
- Ab dem 1. Januar 2022 ist neu das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen BLV für die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln verantwortlich. Damit wird die Risikobeurteilung stärker vom Risikomanagement und der Zulassung getrennt und die Unabhängigkeit gestärkt. Das Bundesamt für Umwelt BAFU erhält die Hauptverantwortung bei der Beurteilung der Risiken von Pflanzenschutzmitteln für die Umwelt. Das Bundesamt für Landwirtschaft, das bisher für die Zulassung zuständig war, hat nur noch die Aufgabe, landwirtschaftliche Aspekte im Zusammenhang mit dem Schutz der Kulturen zu beurteilen.

¹ [Motion 20.4076](#)

- Die Mitglieder der IG Detailhandel fördern freiwillig mit eigenen Projekten die Reduktion des Pestizideinsatzes:
 - Beispiel Migros: Nach erfolgreichen Studien und Praxisversuchen auf IP SUISSE-Betriebe hat sich die JOWA zum Ziel gesetzt, bis 2023 ganz auf komplett pestizidfrei produzierten Weizen zu setzen. Der Mehraufwand, der etwa durch das «Jäten» entsteht, erhalten die Bauern in Form einer Prämie von IP SUISSE und durch Direktzahlungen vergütet. Auch unterstützt die Migros mit einem wachsenden Sortiment an Produkten aus biologischer oder integrierter Produktion den Verzicht auf Pestizide beziehungsweise einen massvollen Einsatz.
 - Beispiel Coop: Die Coop eigene Richtlinie Pestizide verbietet den Einsatz gewisser Wirkstoffe im Anbau und bei der Produktion von Coop Eigenmarken Früchten und Gemüse, frischen Kräutern sowie Blumen und Pflanzen. Zudem unterstützt Coop Projekte des FiBL zur Reduktion des Pestizideinsatzes und Erforschung von Alternativen.
 - Beispiel Denner: Denner wird ab Sommer 2021 sein gesamtes Lagergemüse (Kartoffeln, Rübli und Zwiebeln) ausschliesslich in dem IP-Suisse Standard anbieten.

3.4 Argumente bezüglich Antibiotika

- Aus Sicht der IG Detailhandel ist eine gute Aus- und Weiterbildung der Landwirte zentral, damit diese über genügend Wissen verfügen, um Antibiotika gezielt einzusetzen.
- Eine Umsetzung der Initiative könnte insbesondere in der Umstellungsphase dazu führen, dass das Angebot an tierischen Produkten sinkt und somit die Preise steigen.
- Auch die Mitglieder der IG Detailhandel tragen zu einem sinkenden Verbrauch von Antibiotika in der Nutztierhaltung bei:
 - Beispiel Migros: Gemeinsam mit der IP-SUISSE und der Vetsuisse Fakultät der Universität Bern arbeitet die Migros daran, dank Verbesserungen in der Tiergesundheit den Antibiotika-Einsatz zu reduzieren. Aus dieser Zusammenarbeit ist beispielsweise das Projekt Freiluftkalb entstanden, bei dem an einer neuen Haltungsform für Kälber geforscht wird. Zudem ist in ihrem TerraSuisse-Programm der Einsatz von Antibiotika-Wirkstoffen begrenzt und der präventive Einsatz untersagt. Und schliesslich untersucht die Migros mit dem Forschungsinstitut für biologischen Landbau FiBL den prophylaktischen und therapeutischen Einsatz von Arzneipflanzen, um den Antibiotikaeinsatz zu senken. Im Anforderungskatalog an Bio- und IP-SUISSE-Produkte hält die Migros zudem Details zum Antibiotika-Einsatz fest.
 - Coop: Coop unterstützte diverse Forschungsprojekte zur Reduktion des Antibiotikaeinsatzes bei der Aufzucht von Kälbern und bei Milchkühen. Coop definiert mit der Richtlinie „nachhaltige Beschaffung“ die Mindestanforderungen an das Tierwohl - diese verbietet sowohl für inländische als auch ausländische Produzenten den präventiven Einsatz von Antibiotika.
 - Denner: Denner hat sich sehr stark beim Schweine Plus Programm engagiert. Mit der Markteinführung der Plusprogramme SuisSano und Safety Plus wird die einheitliche und möglichst flächendeckende Erfassung, Bewertung und Steuerung des Antibiotikaverbrauchs möglich.

3.5 Argumente bezüglich Futtermittel

- Die unbestrittenen negativen Auswirkungen steigender Futtermittelimporte lassen sich aus Sicht der IG Detailhandel nicht mit Verboten lösen. Zum einen können in manchen Fällen Importe auch bezüglich der Nachhaltigkeit durchaus sinnvoll sein. Zum anderen gibt es probate Mittel, um die Futtermittelimporte nachhaltiger zu gestalten.
- So sind alle Mitglieder der IG Detailhandel etwa Mitglieder im „[Sojanetzwerk Schweiz](#)“, das sich für nachhaltige Soja-Importe engagiert. Zu den weiteren Mitgliedern gehören auch der Schweizer Bauernverband, IP-SUISSE, die Milchproduzenten und der WWF. Der Anteil an nachhaltig und gentech-frei produzierte Soja beträgt in der Schweizer Nutztierfütterung mittlerweile 99%.
- Auch in ihren eigenen Wertschöpfungsketten ist die nachhaltige Nutztierfütterung bei den Mitgliedern der IG Detailhandel ein Thema:
 - Beispiel Migros: Bei der Tierfutterherstellung für die Geflügelmarke Optigal setzt das M-Industrieunternehmen Micarna seit 2015 ausschliesslich auf europäische Soja aus Norditalien (Donau-Soja).
 - Beispiel Coop: Sojaprodukte (Bohnen, Schrot, Kuchen, Öl) für Futtermittel müssen aus verantwortungsbewusster Produktion stammen (umwelt- und sozialgerechter Anbau). Zudem versucht Coop den Sojaverbrauch laufend zu reduzieren. Beispielsweise ist beim Natura-Beef-Fleisch der Einsatz von Soja als Futtermittel ausdrücklich verboten.

4. Argumente der IG Detailhandel im Abstimmungskampf

Preise steigen

Die Umsetzung der Initiative führt dazu, dass die Produktion von pflanzlichen Rohstoffen aufwendiger und damit teurer wird.

Mehr Foodwaste entsteht.

Durch fehlende Pflanzenschutzmittel leiden Pflanzen vermehrt an Krankheiten, Schädlingsbefall und Konkurrenz durch Unkräuter. So entstehen vermehrt Ernteaufälle und damit Foodwaste bereits auf dem Feld.

Mehr Tiere müssen vorzeitig geschlachtet werden.

Die stark eingeschränkte Möglichkeit, Tiere mit Antibiotika zu behandeln, führt zu mehr Krankheiten und zu mehr vorzeitigen Schlachtungen.

Die Importe nehmen zu.

Kommt es vermehrt zu Ernteaufällen, sind die Schweizer Anbieter gezwungen, auf Importe auszuweichen. Nur so können sie die Versorgung der Bevölkerung sicherstellen. Dadurch verlagern sich die Umweltprobleme ins Ausland.

Bestehende Massnahmen wirken.

Mit der Pa. IV. „Risikoreduktion beim Pestizideinsatz“ ist sichergestellt, dass die negativen Auswirkungen des Pestizideinsatzes in den nächsten Jahren klar sinken. Zudem werden der „Aktionsplan Pflanzenschutzmittel“ und der „Strategieplan Antibiotikaresistenzen“ weitergeführt. Import-Futtermittel müssen zunehmend Nachhaltigkeitskriterien erfüllen wie sie etwa das Sojanetzwerk aufstellt.

Freiwilligkeit hilft.
Produzenten, Verarbeiter und Detailhändler setzen bereits jetzt immer wieder freiwillig innovative Projekte um, setzen auf strenge Label-Vorschriften oder setzen sich Ziele zugunsten der Nachhaltigkeit. Zudem gibt es vielversprechende Ansätze, die helfen, die negativen Umweltauswirkungen der landwirtschaftlichen Produktion zu mindern: genome editing, standortangepasste Landwirtschaft, Digitalisierung in der Landwirtschaft etc. Eine Offenheit diesen Möglichkeiten gegenüber ist neuen Verboten und rigiden Beschränkungen vorzuziehen.

5. Nasty Questions

Frage	Antwort
Pestizide	
Wieso stellen die Detailhändler Normen an Früchte und Gemüse, die nur mit Pestiziden zu erreichen sind?	Die Normen werden nicht ausschliesslich vom Detailhandel vorgegeben, sondern entstehen im Dialog mit Produzenten und Händlern. Mitglieder der IG Detailhandel verkaufen seit mehreren Jahren Früchte und Gemüse jenseits der Norm (z.B. krumme Rüebli oder Kartoffeln mit Schorf). Zudem sind sie in ständigem Kontakt mit Lebensmittelproduzenten, um die Herstellung der Nahrungsmittel auf die Nachfrage der Konsumenten möglichst genau abzustimmen.
Immer wieder werden Pestizidrückstände auf Lebensmitteln gefunden. Mit der Initiative wäre dieses Problem gelöst!	Der Bund legt die Rückstandshöchstgehalte in Lebensmitteln so fest, dass bei deren Einhaltung und nach heutigem Wissen für Konsumentinnen und Konsumenten kein Gesundheitsrisiko besteht. Die Rückstandshöchstgehalte werden sehr oft deutlich tiefer angesetzt, als es der Gesundheitsschutz verlangen würde. Werden die Höchstgehalte überschritten, rufen die Detailhändler die betroffenen Produkte zurück. Mit einem breiten Bio-Sortiment haben die Konsumentinnen und Konsumenten schon jetzt die Möglichkeit Produkte zu wählen, bei deren Produktion keine chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmittel eingesetzt wurden.
Der Detailhandel hat die Konsumenten dazu erzogen, nur schönes Obst und Gemüse zu akzeptieren.	Wir gehen von mündigen Konsumentinnen und Konsumenten aus, die sich nicht einfach so „erziehen“ lassen. Wir halten es für ein angeborenes Verhalten, dass bei einer Auswahl die optisch schönsten Stücke herausgesucht werden. Dieses Verhalten stellen wir im Offenverkauf immer wieder fest.
Der Detailhandel kann einfach auf Importe ausweichen, wenn die Schweizer Produzenten die Nachfrage wegen des Pestizidverbots nicht decken können.	Mit der Erschliessung einer neuen Lieferkette im Ausland ist immer sehr viel Aufwand verbunden. Die neuen Lieferanten müssen unsere hohen Nachhaltigkeits- und Sozialstandards erfüllen und die nötigen Mengen in der gewünschten Qualität liefern können. Viele Konsumentinnen und Konsumenten legen beim Kauf von Lebensmitteln grossen Wert auf Schweizer Herkunft. Auch deshalb möchten wir weiterhin wenn immer möglich Produkte aus Schweiz anbieten können.
Der Detailhandel wird den Mehraufwand, den die pestizidfreie Produktion verursacht, den Produzenten nicht vergüten.	Die Bio-Produktion zeigt, dass dem nicht so ist. Wir bezahlen den Bio- und IP-SUISSE-Produzenten mehr als den Produzenten konventionell hergestellter Lebensmittel.
Produktion	
Die Bio-Produkte wären günstiger, wäre die Marge im Detailhandel nicht so gross.	Die Margen für konventionelle und für Label-Produkte ist identisch. Der Detailhandel verdient an Label-Produkten

	nicht mehr. Die Preise sind aber höher, weil Label-Produkte auch im Detailhandel Mehrkosten verursachen (kleinere Mengen, separate Verarbeitung, andere Verpackung, separate Vermarktung, Zertifizierungskosten etc.)
Der Detailhandel profitiert von den strengeren Vorschriften, weil er dann die Produkte teurer vermarkten kann.	Wenn wir Produkte mit einem Mehrwert teurer vermarkten können, profitieren auch die Vorstufen vom höheren Preis.
Futtermittelimporte	
Mit seiner Fleischwerbung kurbelt der Detailhandel den Fleischkonsum an. Deshalb sind immer mehr Futtermittelimporte nötig.	
Kampagne	
Weshalb ist die IG Detailhandel nicht Mitglied im Komitee des SBV oder des VS GP?	Die IG Detailhandel anerkennt, dass in Bezug auf den Pestizid- und Antibiotikaeinsatz in der Schweiz und der damit verbundenen Risiken Handlungsbedarf besteht und die bestehenden Instrumente nicht genügen. Die Konsumentinnen und Konsumenten erwarten ein ambitioniertes Vorgehen. Deshalb hat sich die IG Detailhandel für einen Gegenvorschlag zur Initiative und für die planmässige Behandlung der Agrarpolitik 22+ eingesetzt. Letztere enthält entsprechende Ambitionen hinsichtlich Nachhaltigkeit und Tierwohl. Der Bauernverband ging einen anderen Weg und konzentrierte sich einzige auf die Ablehnung der Initiative und die Sistierung der AP 22+. Aufgrund dieser unterschiedlichen Ansätze haben wir uns dafür entschieden, uns keinem Abstimmungskomitee anzuschliessen, sondern unsere ablehnende Haltung eigenständig zu vertreten.
Wie viel Geld der IG Detailhandel fliesst in die Nein-Kampagne?	Die IG Detailhandel hat kein Budget für die Kampagne.
Die Detailhändler rühmen sich immer wieder wegen ihrer Nachhaltigkeitsprojekte. Wieso ist sie gegen diese Initiative?	Die Initiative geht zu weit, führt zu höheren Preisen und steigenden Importen und wirkt hinsichtlich der Nachhaltigkeit kontraproduktiv.
Ist die IG Detailhandel gegen sauberes Trinkwasser?	Nein. Deshalb begrüssen wir die Pa.lv. 19475 sehr.
Was macht die IG Detailhandel, wenn die Initiative angenommen wird?	Dazu können wir uns erst äussern, wenn die detaillierte Umsetzung der Initiative klar ist. Deren Ausarbeitung ist Sache des Parlaments.